

## **Fragestunde**

**255. Abgeordneter Wilko Möller (AfD-Fraktion)**  
Lehren aus dem bundesweiten Warntag 2020 für Brandenburg

Am 10. September 2020 fand erstmals ein bundesweiter Warntag gemeinsam von Bund und Ländern zur Erprobung sämtlicher Warnmittel statt. Tatsächlich fiel das Ergebnis des ersten Warntages mehr als ernüchternd aus, da kaum Sirenen zu hören waren und auch die Warn-App nicht richtig funktionierte.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen, wie zum Beispiel der Aufbau von Sirenen, werden durch sie ergriffen, um innerhalb von maximal einem Monat ein funktionierendes Warnsystem in Brandenburg zu errichten?

**256. Abgeordnete Barbara Richstein (CDU-Fraktion)**  
Traumaambulanzen

Das soziale Entschädigungsrecht der Bundesrepublik Deutschland wurde im Dezember 2019 umfassend novelliert. Unter anderem wurde das Sozialgesetzbuch XIV beschlossen, dessen Durchführung in der Zuständigkeit der Länder liegt und welches in großen Teilen am 1. Januar 2024 umgesetzt werden muss. Bereits zum 1. Januar 2021 treten jedoch die Regelungen bezüglich der Traumaambulanzen, §§ 31 bis 37 SGB XIV, in Kraft.

Ich frage die Landesregierung: Wie gedenkt sie, die Strukturen der Traumaambulanzen aufzubauen?

**257. Abgeordneter Clemens Rostock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Alt-Anlagen Windenergie

In Brandenburg stehen Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von ca. 7,3 GW. In den nächsten Jahren fallen einige der Anlagen aus der 20-jährigen EEG-Förderung. Sollten diese Anlagen in der Folge abgeschaltet werden, muss deren Leistung beim Ausbau der Windenergie überkompensiert werden, um das Ausbauziel von 10,5 GW bis 2030 nicht zu unterschreiten.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Anlagen mit welcher Leistung fallen bis Ende 2030 pro Jahr aus der EEG-Förderung?

**258. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)**  
Fortsetzung der Mietpreisbremse

Zum 31. Dezember 2020 laufen die noch von der rot-roten Landesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Mietpreisbremse, namentlich die Mietpreisbegrenzungsverordnung und die Kappungsgrenzenverordnung, aus. In meiner Kleinen Anfrage Nummer 425 habe ich die Landesregierung schon im April danach gefragt, wann über eine Fortsetzung dieser Instrumente entschieden werden soll. Im Mai antwortete Minister Beermann, die Wirksamkeit der Verordnungen werde mit einem Gutachten überprüft und anschließend über eine Fortführung entschieden. Dieses Gutachten werde im zweiten Quartal 2020 dem Landtag und der Öffentlichkeit vorgelegt. Bis heute liegt jedoch weder ein Gutachten noch eine Entscheidung der Landesregierung über die Verlängerung der Mietpreisbremse vor. Langsam drängt die Zeit. Uns erreichten bereits erste Anfragen besorgter Mieterinnen und Mieter, die eine ungebremste Erhöhung ihrer Miete zum Jahresbeginn 2021 fürchten.

Ich frage die Landesregierung: Wird sie die Mietpreisbremse in Form der Mietpreisbegrenzungsverordnung und der Kappungsgrenzenverordnung über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängern?

**259. Abgeordneter Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)**  
Situation der Ruppiner Kliniken

Laut Medienberichten und Drucksachen des Kreistages Ostprignitz-Ruppin plant der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, Ralf Reinhardt (SPD), eine Veränderung der Eigentümerstruktur der Ruppiner Kliniken. Hierzu wurde den Kreistagsabgeordneten ein juristisches Gutachten vorgelegt. Ziel soll sein, die Kliniken in einen Tendenzbetrieb umzuwandeln, um so die Strukturen zu verschlanken, die Arbeitnehmermitsprache deutlich zu reduzieren und dem Anschein nach die Kliniken für einen möglichen Verkauf an Privatunternehmen attraktiver zu machen. Einen ähnlichen Anlauf unternahm der Landrat bereits im Zuge der gescheiterten Kreisgebietsreform, der aber in einem für die Kliniken rund 700 000 Euro teuren Vergleich ergebnislos endete. Betriebswirtschaftliche und medizinische Einschätzungen bzw. Gutachten zu dem von Landrat geplanten Vorhaben wurden bezeichnenderweise nicht vorgelegt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen haben die von Landrat Reinhardt geplanten Veränderungen an der Struktur der Ruppiner Kliniken - mit dem Ziel der Umwandlung in einen Tendenzbetrieb zur möglichen Veräußerung - auf die finanzielle Stabilität der Ruppiner Kliniken und damit auf die medizinische Schwerpunktversorgung im Nordwesten Brandenburgs und den Ausbildungsstandort der MHB?

**260. Abgeordneter Volker Nothing (AfD-Fraktion)**  
Politische Neutralität und die Verbraucherzentrale

Laut Jahresbericht der Verbraucherzentrale Brandenburg trat diese am 23. Februar 2019 offiziell auf der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen auf.

Ich frage daher die Landesregierung: Hält sie den offiziellen Besuch der Verbraucherzentrale von offiziellen Parteiveranstaltungen im Sinne einer für eine derartige, größtenteils mit Staatsaufträgen bedachte Organisation eigentlich gebotenen politischen Neutralität für angemessen - mit welcher Begründung?

**261. Abgeordneter Heiner Klemp (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Gründungsoffensive

Um die Wahrnehmbarkeit und Attraktivität des Gründungsstandortes Brandenburg zu verbessern und das Gründungsgeschehen zu stärken, plant die Landesregierung eine „Gründungsoffensive Brandenburg“. Dabei sollen die zahlreichen bestehenden Fördermaßnahmen laut Koalitionsvertrag optimiert, gebündelt und stärker für Nichtakademikerinnen und -akademiker sowie „klassische“ Gründerinnen und Gründer in Mittelstand und Handwerk geöffnet werden. Laut Aussage eines Mitarbeiters des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie bei einer Veranstaltung der ILB am 7. September 2020 wird die Gründungsoffensive derzeit erarbeitet.

Ich frage die Landesregierung: Was plant sie im Rahmen der Gründungsoffensive hinsichtlich der unteretzten Maßnahmen, des Zeitplans und der finanziellen Ausstattung?

**262. Abgeordneter Ronny Kretschmer (Fraktion DIE LINKE)**  
Anonyme Spurensicherung

Derzeit gibt es im Land Brandenburg vier Kliniken (Potsdam, Neuruppin, Cottbus und Frankfurt), in denen anonym Spuren nach einer Vergewaltigung gesichert werden. Diese Möglichkeit ist wichtig, da Frauen unmittelbar nach so einem Erlebnis oft unter Schock stehen sowie schwere Scham erleiden und sich somit häufig nicht entscheiden können, ob sie zu diesem oder erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Anzeige erstatten wollen. Um den Frauen den Druck zu nehmen und ihnen eine Anzeigemöglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen, gibt es die Möglichkeit der vertraulichen Spurensicherung.

Die Kosten für die Behandlung hat bisher das Land getragen. Nun gibt es eine neue Regelung, die besagt:

„Die Krankenkassen oder ihre Landesverbände schließen gemeinsam und einheitlich auf Antrag des jeweiligen Landes mit dem Land sowie mit einer hinreichenden Anzahl von geeigneten Einrichtungen oder Ärzten Verträge über die Erbringung von Leistungen nach § 27 Absatz 1 Satz 6.“ Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) - Gesetzliche Krankenversicherung § 132k Vertrauliche Spurensicherung

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand zwischen Krankenkassen, Land und Einrichtungen oder Ärzten über die Erbringung der oben genannten Leistung bzw. deren Kostenübernahme?

**263. Abgeordneter Franz Josef Wiese (AfD-Fraktion)**

Grundstücke der sogenannten Neusiedlererben gekauft durch die FBB GmbH

In der Antwort auf die Kleine Anfrage Nummer 692 „Flächenmarketing der FBB GmbH“ hat die Landesregierung unter Frage 6 aufgelistet, welche Grundstücke die FBB GmbH gekauft hat und Eigentum der sogenannten Neusiedlererben waren.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hätte eine Rückübertragung der von der FBB erworbenen Grundstücke der sogenannten Neusiedlererben oder aber eine finanzielle Entschädigung der sogenannten Neusiedlererben auf die finanzielle Situation der FBB GmbH?

**264. Abgeordneter Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)**

Einbahnstraßen-Ring in Bernau

Die Stadtverwaltung von Bernau forciert bzw. favorisiert die Errichtung eines Einbahnstraßen-Ringverkehrs um die Bernauer Innenstadt. Eine Einbeziehung der Stadtverordneten in die Planung fand und findet nicht statt. Zudem liegen keine belastbaren Prüferkenntnisse über die Wirksamkeit des Vorhabens vor.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Planungsstand des Vorhabens samt aktueller Einschätzung zu dessen Sinnhaftigkeit?

**265. Abgeordneter Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion)**

Verstoß der Corona-Verordnungen gegen die Verfassung

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 16. September 2020 wurde die Unrechtmäßigkeit der Corona-Verordnungen festgestellt durch sämtliche drei als Sachverständige angehörten Staatsrechtler.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Rechtsauffassung der drei Professoren für Staatsrecht zu den Corona-Verordnungen?

**266. Abgeordneter Christian Görke (Fraktion DIE LINKE)**  
Verlängerung der RB13 von Berlin-Jungfernheide nach Wustermark bis Rathenow

Presseberichten zu Folge bereitet der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gegenwärtig eine Entscheidungsvorlage zur Taktverdichtung auf der Bahnstrecke zwischen Berlin und Rathenow für die Länder Berlin und Brandenburg vor. Diese soll durch die Linien-Verlängerung der RB13 von Wustermark bis nach Rathenow realisiert werden.

Ich frage die Landesregierung: Wird sie die Linienverlängerung der RB13 in den Hauptverkehrszeiten von Wustermark nach Rathenow rechtzeitig beim VBB bestellen, um in Verbindung mit dem RE4 einen Halbstundentakt zwischen Berlin-Jungfernheide und Rathenow in der Hauptverkehrszeit bereits ab dem Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres zu ermöglichen?

**267. Abgeordneter Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion)**  
Kosten für ausreisepflichtige Ausländer

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 9. September 2020 wurde durch das Ministerium des Innern und für Kommunales mitgeteilt, dass sich derzeit circa 7 300 ausreisepflichtige und 2 285 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer aufhalten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Kosten verursacht jeder ausreisepflichtige Ausländer pro Monat?

**268. Abgeordneter Christian Görke (Fraktion DIE LINKE)**  
Lärm-, Erschütterungs- und Sichtschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner der RB35-Verlängerung in Bad Saarow

Die RB35 von Fürstenwalde (Spree) nach Bad Saarow soll möglicherweise bereits ab Dezember 2021 bis zum neuen Haltepunkt Bad Saarow Süd/Pieskow verlängert werden. Dazu ist es notwendig, auf der bisher stillgelegten Trasse zwischen Bad Saarow Klinikum und Bad Saarow Süd/Pieskow ein neues Gleis zu verlegen. Wie ich kürzlich bei einem Termin vor Ort besichtigen konnte, ist in unmittelbarer Nachbarschaft in den vergangenen Jahren das Wohngebiet „Am Lärchengrund“ entstanden. Von dem Projektentwickler wurden die neuen Anwohnerinnen und Anwohner nicht über die geplante Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke informiert. Im Ergebnis stehen einige Wohnhäuser in unmittelbarer Nähe von weniger als zehn Metern zum Gleisverlauf. Die Bewohnerinnen und Bewohner sorgen sich, durch den zukünftigen Bahnbetrieb Lärm, Erschütterungen sowie den Blicken der Fahrgäste ungeschützt ausgesetzt zu sein.

Ich frage die Landesregierung: Stellt sie sicher, dass mit dem geplanten Baubeginn für die RB35-Verlängerung nach Bad Saarow Süd/Pieskow zum Jahresende 2020 Maßnahmen zum Lärm-, Erschütterungs- und Sichtschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner geplant und umgesetzt werden?

**269. Abgeordneter Volker Nothing (AfD-Fraktion)**  
Streitbares Rechtsempfinden der Landesregierung

Innenstaatssekretär Uwe Schüler äußerte sich in der Märkischen Allgemeinen vom 3. August 2020 zur Abschiebep Praxis der Landesregierung. Er ließ verlautbaren, man würde nun 60 Intensivstraftäter und 30 Strafgefangene abschieben wollen. Als Intensivstraftäter definiert Herr Schüler eine Person, die „zwölf Straftaten begeht, die jetzt nicht nur belanglos sind“.

Ich frage daher die Landesregierung: Ab wann sieht sie eine Straftat nicht mehr als „belanglos an“, bzw. wo zieht sie konkret die Grenze zwischen „belanglosen“ und „nicht belanglosen“ Straftaten?

**270. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)**  
Biomassestrategie des Landes Brandenburg

Die Biomassestrategie wurde im Jahr 2010 beschlossen und formuliert Ziele für die stoffliche und energetische nachhaltige Nutzung der Biomasse bis zum Jahr 2020.

Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt sie eine Evaluierung und Fortschreibung der Biomassestrategie?

**271. Abgeordneter Volker Nothing (AfD-Fraktion)**  
Abschiebementalität der Landesregierung

Innenstaatssekretär Uwe Schüler äußerte sich in der Märkischen Allgemeinen vom 3. August 2020 zur Abschiebep Praxis der Landesregierung. Er ließ verlautbaren, man würde nun 60 Intensivstraftäter und 30 Strafgefangene abschieben wollen. Als Intensivstraftäter definiert Herr Schüler eine Person die „zwölf Straftaten begeht, die jetzt nicht nur belanglos sind“.

Ich frage daher die Landesregierung: Warum betrachtet sie eine Person erst als abzuschiebenden (Intensiv)Straftäter, wenn er ein ganzes Dutzend an „nicht belanglosen“ Straftaten begangen hat und nicht zum Beispiel schon bei einer oder wenigstens dreien?

**272. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)**  
Fortsetzung der Braunkohlesanierung in der Lausitz

Bund und Länder nehmen die Aufgabe der Braunkohlesanierung seit 1992 gemeinsam auf der Grundlage fortgesetzter Verwaltungsabkommen (VA) wahr. Im Rahmen des sechsten Verwaltungsabkommens ist 2017 die organisatorische und finanzielle Grundlage für die Sanierung in den Jahren 2018 bis 2022 gelegt worden. Schwerpunkte der Arbeiten der Lausitzer- und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungsgesellschaft (LMBV) sind im Rahmen des Verwaltungsabkommens die Sanierung und Wiedernutzbarmachung der zurzeit gesperrten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsflächen, die Wiederherstellung eines sich weitgehend selbstregulierenden Wasserhaushaltes in der Lausitz sowie die Abwehr von Gefahren aus dem anstehenden bergbaubedingten Grundwasserwideranstieg.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Schwerpunkten bzw. Zielstellungen geht die sie in die Verhandlungen über die Fortsetzung des Bund-Länder-Verwaltungsabkommens zur Finanzierung der Braunkohlesanierung für die Jahre 2023 bis 2027?

**273. Abgeordneter Ronny Kretschmer (Fraktion DIE LINKE)**  
Entwicklung der Landeszuweisungen Kindertagesbetreuung

Laut der Tabelle 5.11: Ausgewählte Zuweisungen für laufende Zwecke (in Mio. €) im Finanzplan des Landes Brandenburg 2020 bis 2024 auf der Seite 59 sollen die Zuweisungen des Landes Brandenburg für die Kindertagesbetreuung von 515,6 Millionen Euro in 2020 auf 711 Millionen Euro in 2024 ansteigen. Als Grund für den geplanten Aufwuchs von 2020 bis zum Jahr 2024 um insgesamt 195,4 Millionen Euro werden erhöhte Betreuungszeiten und ein verbesserter Betreuungsschlüssel, die Einbeziehung von Tarifsteigerungen sowie des Einstiegs in die Elternbeitragsfreiheit angeführt.

Ich frage die Landesregierung: Wie schlüsselt sich der geplante Aufwuchs der Zuschüsse für die Kitabetreuung in Höhe von 195,4 Millionen Euro auf die konkret benannten Maßnahmen Erhöhung der Betreuungszeiten, Verbesserung des Betreuungsschlüssels, Ausgleichszahlungen für Tarifsteigerung und Ausbau der Elternbeitragsfreiheit auf die einzelnen Jahre 2021 bis 2024 auf?

**274. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)**  
Ambrosia-Verordnung

Im Jahr 2019 beauftragte der (frühere) Landtag die Landesregierung, eine landesweite Verordnung zur Bekämpfung der Ambrosia auf den Weg zu bringen. Im Dezember 2019 antwortete die jetzige Landesregierung auf eine Anfrage (Drucksache 7/392), der Abstimmungsprozess innerhalb der Landesregierung, ob eine Verordnung zielführend ist, sei noch nicht abgeschlossen.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand des Erlasses einer landesweiten Verordnung zur Bekämpfung der Ambrosia?

**275. Abgeordnete Marlen Block (Fraktion DIE LINKE)**  
Ausbau der Teltower Straße in Ruhlsdorf

Der Ausbau des südlichen Teils der Teltower Straße in Ruhlsdorf (L794) ist seit Langem geplant und vorgesehen. Zuletzt waren im Januar auf Grund von Rechtsstreitigkeiten Fällungen von Alleebäumen ausgesetzt worden. Bisher ist kein Beginn der Bauarbeiten erkennbar.

Ich frage die Landesregierung: Wann soll der Ausbau der Straße nunmehr stattfinden?